Kippt das deutsche Exportmodell?

Posted on 7. Juli 2020 by Wolfgang Storz

Beendet Covid-19 das Schmarotzer-Dasein der deutschen Volkswirtschaft, auf das hier alle so stolz sind? Mit gravierenden Folgen für Arbeitsplätze und Wirtschaftsstruktur, mit mental-kulturellen Einschnitten für das Selbstverständnis des Landes? Seit gut 20 Jahren feiert sich Deutschland wegen seiner enormen Exportüberschüsse: wie toll wettbewerbsfähig die Branchen mit ihren Autos, Chemikalien und Maschinen seien. Die Devise: allen anderen Ländern viele Waren verkaufen, bei ihnen aber möglichst wenig einkaufen; so wurde das Land immer wieder Export-Weltmeister. Viel spricht dafür, dass die jetzige Gesundheits-Krise dieser gefährlich einseitigen Wirtschaftsstruktur den Garaus macht. Die Debatte läuft, jüngst hat sich sogar der Christdemokrat Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, eingeschaltet: Es sei Zeit, „die Exzesse der Globalisierung“ zu überdenken.



„Die Stimmung in der Exportwirtschaft ist so schlecht wie noch nie.“ Nach den Analysen von *ifo*, Wirtschaftsforschungs-Institut in München, liegen die Erwartungen „deutlich“ unter dem Niveau der Finanzmarktkrise 2008/09; betroffen seien vor allem „deutsche Schlüsselbranchen“ wie Fahrzeugbau,

Maschinenbau und Elektrotechnik. Heiko Maas, SPD-Außenminister, offenbart das besondere deutsche Dilemma: Wir müssten anderen allein aus Egoismus helfen. Denn: „Wenn weite Teile der EU tief in der Krise stecken – wer kauft dann unsere Produkte?“ Die Statistik zeigt die Brisanz: Jeder vierte Arbeitsplatz hängt am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Weil sie das große Geld nicht im Inland, sondern mit dem Ausland verdient, ist die deutsche Wirtschaft enorm verletzlich, viel mehr als die Ökonomie anderer Länder.

Um jeden Preis exportieren und sich dafür auch noch feiern

Der enorme Exportüberschuss war bisher der ganz große Stolz — für eine nationale Wirtschaftsfront aus Unternehmern, Wirtschaftswissenschaftlern, Industrieverbänden, meinungsmachenden Publizisten, Politikern aller Parteien und den beiden Industriegewerkschaften IG BCE und IG Metall. Wir sind die Wettbewerbsfähigsten auf der ganzen Welt! Eine exotische politische Mischung aus Nationalismus und Weltoffenheit: unter der Flagge von Freihandel, Internationalismus und Globalisierung wurde eine bedingungslose Exportstrategie als nationales Ereignis gefeiert; Germany first schon lange bevor irgendein Trump, gewiss auch aus anderen Gründen, America first ausrief.

Für alle anderen — nicht nur für US-Präsident Donald Trump mit seinem Protektionismus — war dieser große Stolz bisher immer der große Ärger. Die EU-Kommission mahnt, kritisiert, bittet, flucht und bettelt wegen dieses „makroökonomischen Ungleichgewichtes“ seit Jahren — nichts änderte sich. Obwohl die Deutschen – sonst gerne sich als Europas Musterknaben inszenierend — mit ihren ständigen Überschüssen gegen eine gemeinsame Regel verstoßen. Die Regel lautet: Liegen die Leistungsbilanz-Überschüsse eines Landes mehr als sechs Prozent über seinem Bruttoinlandsprodukt, dann gefährde das auf Frist die Stabilität des EU-Wirtschaftsraumes. Diese Latte wird von Deutschland mindestens seit 2011 regelmäßig gerissen; in 2015 lag Deutschland sogar bei 8,6 Prozent. Alle anderen fordern von Deutschland deshalb eine andere Politik: Das Land möge endlich in seine (zerfallende) öffentliche Infrastruktur investieren und höhere Löhne befördern, so dass die Nachfrage in Deutschland sich erhöhe, und andere Länder endlich die Chance hätten, ihre Güter und Dienstleistungen an die Deutschen zu verkaufen; Forderungen, die belegen, dass die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland von dem Wirtschaftsmodell ihres Landes mehr Nachteile, denn Vorteile haben, stiegen die Löhne doch jahrelang nur marginal und verharrten die öffentlichen Investitionen in Schulen, Nahverkehr und Gesundheitswesen auf niedrigem Niveau. Aber nichts geschah, Deutschland blieb stur bei seiner Devise: Das Ausland soll von uns viel kaufen, aber wir tun das umgekehrt nicht; nur die Niederlande verhalten sich ähnlich egoistisch. Nun könnte es sein, dass ein Virus dieses konfliktreiche und gefährlich einseitige Wirtschaftsmodell kippen lässt. Auf jeden Fall: Wegen der Krankheits-Krise wird Deutschland in 2020 seit vielen Jahren erstmals die Regeln der EU nicht verletzen und unter der oben erwähnten Sechs-Prozent-Marge bleiben.

Die einsamen Kritiker

Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Sebastian Dullien, heute Direktor des gewerkschaftsnahen *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK), fordert für Deutschland schon seit Jahren „ein neues Wachstumsmodell“: Die Exportabhängigkeit sei ein „Verhängnis“. Seine These: Dieses Modell sei gefährlich, weil es weltweit Krisen auslöse. Exportländer wie Japan, China und Deutschland hätten enorme Überschüsse, andere Länder wie Spanien, Großbritannien und die USA hätten entsprechend hohe Defizite. Seine Schlussfolgerung: In Deutschland müsse die Binnen-Wirtschaft viel stärker als die Export-Wirtschaft wachsen. Viele Wissenschaftler, die im Prinzip der Schule des Keynesianismus folgen, wie Gustav Horn, Heiner Flassbeck, Peter Bofinger, beispielsweise auch der Arbeitsmarktforscher Gerhard Bosch („Deutschlands Wirtschaft steht nur auf einem Bein“) oder der Sozialökonom Till van Treeck („So macht Deutschland seine Handelspartner zu Schuldnern“) stützen schon immer diese Position. Sie blieben aber immer eine Minderheit. Eine Minderheit, die zudem bei der großen Mehrheit unter dem Generalverdacht stand und steht, sie beförderten den Neid auf Deutschland, würdigten nicht dessen Leistungsfähigkeit; stecke doch in der Kritik auch des Auslandes und der EU-Kommission nur der Neid auf die guten deutschen Produkte, schließlich sei ja niemand gezwungen, bei deutschen Unternehmen einzukaufen.

Und in den Mainstream-Medien problematisiert der Wirtschaftsjournalismus erst seit ein, zwei Jahren diese Ausrichtung der Ökonomie. So macht beispielsweise Cerstin Gammelin in der *Süddeutschen Zeitung* inzwischen immer wieder auf naheliegende Sachverhalte aufmerksam: Erziele ein Land über Jahre hinweg Überschüsse, dann produziere es damit in den anderen Ländern jene Schuldenberge mit, die anschließend mit aufwändigen Rettungsschirmen bekämpft werden müssten. Gammelin: Deutschland gefährde damit nicht nur die anderen, „sondern sich selbst gleich mit“. Auch Christian Ricken kommentierte im *Handelsblatt* schon vor vielen Monaten: „Deutschland exportiert sich noch zu Tode.“ Und was ist, wenn die vielen Länder nicht mehr das Geld oder auch nur den Willen haben, bei deutschen Unternehmen groß einzukaufen? Mit anderen Worten: Dieses Modell kann nur in einer Schönwetter-Weltwirtschaft funktionieren.

Jetzt auf einmal sagen viele: So geht es nicht weiter

Die Stimmung ändert sich, weil der externe Schock des Corona-Virus auch einer breiteren Öffentlichkeit offenbart, wie fragil das System konstruiert ist, das bisher relativ reibungslos „unseren Wohlstand“ produziert hat. Viele Branchen produzieren „Just-in-time“, um Lagerkosten zu vermeiden; das heißt die Materialien und Vor-Produkte werden erst dann (meist aus dem Ausland) angeliefert, wenn sie in der Produktion sofort gebraucht werden. Die Autoindustrie gehört dazu: So konnte sie wegen fehlender Teilen aus Asien in den vergangenen Monaten nicht mehr produzieren; dass sie froh darüber war, leidet sie doch anhaltend an Überproduktion und produziert auf Halde, das ist eine andere Geschichte. In Europa wurden Medikamente wie

Penicilline knapp, weil die Produktion in China lahmgelegt war. Die aktiven pharmazeutischen Grundstoffe für fast alle Antibiotika werden mittlerweile in China hergestellt. Bei Lieferengpässen kommt so in Indien und Europa die Antibiotika-Produktion zum Erliegen. Desinfektionsmittel, Schutzmasken und Handschuhe gab es in den ersten Wochen der Virus-Krise nicht, weil sie ausschließlich noch in Asien hergestellt werden. Das alles konnte jeder und jede wissen, aber erst in einer solchen Krise dringt dieses abstrakte Wissen in den konkreten Alltag.

Es spricht einiges dafür, dass es tatsächlich so nicht weitergeht: Die *Bundesban*k prognostiziert, in diesem Jahr werden die Exporte drastisch sinken. Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler *Instituts für Weltwirtschaft*, vermutet, dass das so bleiben wird: „Die Zeiten hoher deutscher Leistungsbilanzüberschüsse sind wohl vorüber." Zum selben Ergebnis kommt eine neue Studie der Ökonomen der *Bayerischen Landesbank* und des Beratungshauses *Prognos*: Der Niedergang der Exporte sei kein vorübergehendes Ereignis, sondern werde auf Dauer so bleiben; die FAZ (26.Juni) berichtete jüngst darüber. Die Argumente der Berater und Forscher: Die Lieferketten seien wegen der Corona-Krise nachhaltig gestört. Die politische Bewegung gegen Freihandel und für Protektionismus (Politik von Trump, Brexit) werde noch stärker. Der Konflikt zwischen China und den USA könne anhalten. Die wirtschaftliche Vernetzung werde generell stagnieren oder gar schrumpfen. Der Schluss der Berater und Ökonomen: Deutschland müsse sein „Geschäftsmodell" einer exportfixierten Wirtschaft überdenken. Jürgen Michels, Chefvolkswirt der *Bayern LB*, legt sich fest: Es werde keine Rückkehr mehr zur Globalisierung der 2000er Jahre geben. Sogar Michael Hüther, Direktor des unternehmernahen *Instituts der deutschen Wirtschaft* (IW), will das Konzept der Globalisierung „einer kritischen Neubewertung unterziehen".

Ein weiterer Tatort dieser extremen Exportorientierung. Die Organisation *Campact* stellte bei einer ihrer Unterschriftenaktionen die provozierende Frage: Wird der Virus-Skandal um die Großschlachterei Tönnies zum Fukushima der Fleischindustrie? Altbekannte Missstände um Ausbeutung und Dumpingpreise in der Ernährungsbranche werden öffentliches Gesprächsthema und mit neuer Brisanz aufgeladen. Dazu gehört auch dieses Beispiel: Die EU subventioniert Hähnchenteile und Altkleider, diese Waren werden von privaten Unternehmen in Afrika billigst verkauft und zerstören so die dortige Landwirtschaft und das lokale Textilhandwerk. Und: Sollen hiesige Bauern überleben, indem sie möglichst billige Schweinesteaks in die ganze Welt exportieren? Muss die EU, wie geplant, der weltweit größte Agrar- und Lebensmittelexporteur werden, der dann die lokalen Landwirtschaften im globalen Süden niederkonkurriert? Wenn ein hier angebotener Erdbeer-Joghurt mit polnischen Erdbeeren, niederländischen Bechern und belgischen Aludeckeln produziert wird — wie sinnlos und zerstörerisch ist denn diese Arbeitsteilung?

Reinhard Loske, Volkswirt, einst Grünen-Politiker, heute Präsident der *Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung*, geht von der Alternative aus: Entweder wir gestalten aus eigener Kraft mit De-Globalisierung, Re-Regionalisierung und Entschleunigung unsere Welt neu oder wir lassen uns von Seuchen und Klimakrisen unser Handeln aufzwingen.



Bild: Geralt auf Pixabay

Seit der Großen Spekulation 2008/09: der schleichende Abschied von der Hyper-Globalisierung

Handelsforscher sagen: Bereits seit der Finanz-, Banken- und Immobilienkrise vor mehr als zehn Jahren seien die globalen Wertschöpfungsketten nicht mehr gewachsen, sie stagnierten. Damals habe die Globalisierung vermutlich ihren Höhepunkt erreicht. Und seither habe sich der Trend retour eher noch verstärkt: Brexit, neue Tendenzen des Protektionismus, Handelskonflikte. Ein Rückzugs-Prozess, dessen Geschwindigkeit mit dem Schock der Pandemie zunehmen könnte; bisher ganz ohne ideologische Kämpfe und pragmatisch. Es ist wichtig, sich zu erinnern: Anfang der 1990er Jahre begann mit dem Fall des sogenannten Eisernen Vorhanges eine Hyperglobalisierung: Aufnahme von China in die Welthandelsorganisation (WHO), Digitalisierung, Revolutionierung des Transportwesens, umfassende Privatisierungen. Der externe Schock der Finanzmarkt- und Bankenkrise brachte sie 2008/09 dann zum Stillstand.

Die Wirtschaftsprofessorin Dalia Marin, *Technische Universität München*, geht heute davon aus, dass Deutschland „die Industrie nach Hause“ holt. Für sie ist klar: „Die Ära der Hyperglobalisierung ist beendet.“ Die Unternehmen „holen ihre Fertigung zurück und kaufen Roboter“, um Kostensteigerungen in der Produktion zu vermeiden. Denn heute erst erkennten die Unternehmen, wie fragil und komplex ihre Liefer-Ketten aufgebaut seien.

Autoren wie Michael Dauderstädt, einst Wirtschaftsexperte der *Friedrich Ebert-Stiftung*, und der Politikwissenschaftler Alban Werner weisen auf Entwicklungen in Deutschland hin, welche die These vom schleichenden Abschied stützen: Die Binnenwirtschaft sei in den letzten zehn Jahren bedeutender als die Export-Wirtschaft geworden; hier könnte auch der tiefere Grund liegen, warum die exportorientierte Autoindustrie beim jüngsten Verteilen der Krisenhilfen nicht wie einst gewohnt alles erhalten hat, was sie sich wünschte. Die Autoren sehen diese Gründe für die Neugewichtung der deutschen Binnen-Wirtschaft : mehrere Konjunkturpakete zur Bekämpfung von Krisen (Finanzmarkt- und Flüchtlingskrise), erhöhte

Lohnsteigerungen, höhere Ausgaben des Staates in Zeiten niedriger Zinsen. Sie gehen übrigens davon aus, dass sich dieser latente Pfadwechsel aufgrund nichtvorhersehbarer Ereignisse und Krisen so ergeben habe, also von Staat und Politik nicht geplant gewesen sei.

Wie wird das Neue aussehen?

Bisher gibt es lediglich (meist vage) Hinweise. Bereits Mitte März 2020 meinte der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache: Die Pandemie habe deutlich gemacht, „dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze gestellt werden müssen. Es ist verrückt, unsere Ernährung, … die Gestaltungsfähigkeiten unseres Lebensrahmens im Grunde an andere zu delegieren." Die Pandemie habe auch deutlich gemacht, dass „die kostenlose Gesundheitsfürsorge… und unser Sozialstaat nicht einfach nur Kosten … sind, sondern kostbare Güter … ."

Nun ist bekannt, dass französische Präsidenten gerne Visionen vortragen, ohne deren Verwirklichung im Blick zu haben. Ein Politiker, der völlig anders gestrickt ist, hieb jedoch jüngst in dieselbe Kerbe: „Die Pandemie zeigt, wie verwundbar Europa durch seine Abhängigkeit von globalen Märkte und Lieferketten auch in lebenswichtigen Bereichen ist", argumentierte jüngst Christdemokrat Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, in einem Namensartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Es sei sogar „die Beschaffung simpler … Mund-Nasen-Schutzmasken … zur Herausforderung" geworden, so Schäuble. Seine Konsequenzen: Europa müsse in allen Fragen der Gesundheitspolitik „souveräner" sein. Und es sei jetzt Gelegenheit, „unser gesamtes Wirtschaftsmodell kritisch zu überprüfen und die Exzesse der Globalisierung da zu korrigieren, wo sie zu den dramatischen Auswirkungen der Pandemie beigetragen haben"; er schreibt jedoch nicht, welche Konsequenzen er genau ziehen will, abgesehen von dem Hinweis, die Wirtschaft müsse generell sozialer, digitaler und ökologischer werden.

Auch ein Banker argumentiert in diese Richtung. Gerald Podobnik, bei der *Deutschen Bank* verantwortlich für den Bereich nachhaltige Finanzen, sagte Anfang Mai gegenüber der *FAZ*: Die Krise zeige, wie gering die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei. Die Lieferketten mit geringer Lagerhaltung und eng an die Produktion geknüpfte Belieferungen hätten sich als zu anfällig und sehr komplex erwiesen. „Das muss überdacht werden… ." Nur eine widerstandsfähige Wirtschaft könne mit langfristigen Trends und Risiken umgehen, ebenso wie mit dem Klimawandel.

In einem Papier österreichischer Wirtschaftswissenschaftler ist eine lapidare Forderung zu lesen, die vor allem zeigt, wie absurd manche Wirtschaftspraktiken geworden sind: „Eine progressive Industriepolitik sollte aber darauf abzielen, dass Produkte bis zum Verkauf nicht mehrmals die Welt umrunden."
Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie konkretisierte das bereits Anfang März in der *Tageszeitung*: „Die

Regionalisierung der Märkte wäre ein wichtiger Baustein zu einer rationalen und schrittweisen Deglobalisierung. Wer arbeits- und sozialpolitische, gesundheitliche und ökologische Kosten zusammenzählt oder in die Bilanz einrechnet, erkennt die immensen Kosten und Kollateralschäden einer aus dem Ruder gelaufenen Globalisierung.“

Allerdings gehen die großen Entscheidungen der deutschen Politik, beispielsweise die über die bisherigen großen Rettungspakete, bis jetzt noch in eine andere Richtung: bewahren was ist, ist alles.

Forscherinnen und Theoretiker, die sich mit der Frage beschäftigen, ab wann ein System kippen könnte, sehen dafür meist diese Voraussetzungen: Das Bestehende kann keine Antwort mehr auf Probleme geben, Menschen wenden sich deshalb ab, es gibt eine überzeugende neue Alternative, die sich bereits präsentiert — und, ganz wichtig, es gibt einen externen Schock, der die gegebenen Verhältnisse durchschüttelt. Zumindest den gibt es.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren